

Bischöfe zwischen Krise und Neuerung

Die Vollversammlung der Bischofskonferenz wird überschattet von der Kritik am Kölner Kardinal Woelki. Eine Premiere gelingt mit der Wahl einer Frau.

VON CHRISTOPH DRIESSEN

BONN (dpa/kna) Für eine Maßregelung des Kölner Kardinals Rainer Maria Woelki hat die Deutsche Bischofskonferenz nach eigenem Bekunden keine Kompetenzen. „Wir haben keine Hoheit, über den Kardinal hinweg oder ohne ihn oder an ihm vorbei in dieser Frage auch nur ein Stück weiterzukommen“, sagte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Georg Bätzing, am Dienstag in Bonn zum Auftakt der dreitägigen Frühjahrsvollversammlung.

Woelki hat ein Gutachten zum Umgang von Bistumsverantwortlichen mit Vorwürfen des sexuellen Missbrauchs von Kindern gegen Priester in Auftrag gegeben, hält es aber unter Verschluss. Dafür führt er rechtliche Gründe an. Die dadurch entstandene Vertrauenskrise im Erzbistum Köln habe „Auswirkungen auf die ganze katholische Kirche“ und sogar die evangelische Kirche, sagte Bätzing. „Hier gibt es eine Haftungsgemeinschaft, die die Institutionen insgesamt trifft.“

Er selbst nehme Woelki seinen Aufklärungswillen ab, sagte der Limburger Bischof und frühere Generalvikar des Bistums Trier. Die entstandene Unruhe könne er aber genauso verstehen. Er habe Woelki vorgeschlagen, das Gutachten zu veröffentlichen und dann öffentlich darüber zu diskutieren, ob es rechtsfähig und gerecht sei. Darauf sei Woelki aber nicht eingegangen. „Der Kardinal hat seine Entscheidung getroffen, und ich glaube, wir



Zum Auftakt der digitalen Frühjahrsvollversammlung der katholischen Deutschen Bischofskonferenz wurde die Theologin Beate Gilles zur neuen Generalsekretärin gewählt. Rechts der Vorsitzende Kardinal Georg Bätzing, Bischof von Limburg und früherer Trierer Generalvikar. FOTO: DPA

werden jetzt warten müssen bis zum 18. März.“ Dann will Woelki ein neues Gutachten veröffentlichen lassen.

Weitergehend äußerte sich der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg. „Wenn eindeutiges Fehlverhalten festgestellt wird, dann ist ein Rücktritt angebracht“, sagte Sternberg abseits der Frühjahrsvollversammlung der Bischöfe. „In Köln stellt sich die Frage, ob Rücktritte von Verantwortlichen nicht deshalb nötig sind, weil das Vertrauen bei den eigenen Gläubigen zerstört ist“, sagte Sternberg. „Die Nachrichten, die ich von Gemeinden und Verbänden aus Köln bekomme, zeichnen eine katastrophale Situation. Eine solche Empörung wird dort habe ich persönlich noch niemals erlebt.“ Am Freitag war sogar der Server für die Buchung von On-

line-Terminen für Kirchenaustritte wegen zu hoher Nachfrage zusammengebrochen.

Die Vollversammlung der Bischöfe vollbrachte am Dienstag indes immerhin zwei Premieren: Erstmals in ihrer Geschichte fand sie online

„Es ist ein großer Schritt, diese Stelle anders zu besetzen.“

Beate Gilles
neue Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz und erste Frau im Amt

statt, und erstmals wählten die Bischöfe eine Frau zur Generalsekretärin. Die Theologin Beate Gilles folgt in diesem Amt Pater Hans Langendörfer. Die 50-Jährige war bisher Dezernentin für Kinder, Jugend und Familie in Bätzings Bistum Limburg. Sie beschrieb sich auf Nachfra-

ge als Ausdauerportlerin, unverheiratet und kinderlos. „Ich sehe das als starkes Zeichen, dass die Bischöfe ihrer Zusage nachkommen, Frauen in Führungspositionen zu fördern“, sagte Bätzing.

Gilles sagte nach ihrer Wahl: „Es ist ein großer Schritt, diese Stelle anders zu besetzen.“ Sie sprach von einer herausfordernden, „aber auch spannenden Phase für die katholische Kirche in Deutschland“.

Unterdessen warnte der oberste katholische Repräsentant in Bonn, Stadtdechant Wolfgang Picken, davor, dass das Thema Missbrauch die Kirche auf Jahre hinaus belasten könnte. In fast allen 27 Bistümern würden nun unabhängige Gutachten in Auftrag gegeben. „Die werden nicht alle zeitgleich herauskommen, sondern Monat für Monat und Jahr für Jahr veröffentlicht werden, so-

dass wir dann einen Skandal nach dem anderen haben, weil die Wahrheit nicht im Vorhinein von den Verantwortlichen eingestanden wird“, sagte Picken.

Bischöfe und andere Verantwortliche müssten von sich aus ihr Gewissen befragen und proaktiv handeln, bevor sie von Gutachten oder einer kritischen Öffentlichkeit dazu gezwungen würden, forderte der Stadtdechant. Sonst werde das Thema Missbrauch keine Normalität im kirchlichen Leben mehr zulassen.

Bisher ist noch kein einziger Bischof wegen des Missbrauchsskandals zurückgetreten. Indes hat der frühere Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Münchner Kardinal Reinhard Marx, angekündigt, mit 500 000 Euro aus seinem Privatvermögen eine Stiftung für Opfer von sexueller Gewalt einzurichten.

Mehr Gewalt in Afghanistan trotz Friedensgesprächen

KABUL (dpa) Trotz der Aufnahme von Friedensgesprächen ist der Afghanistankonflikt im Herbst 2020 eskaliert. Seit Beginn ihrer Aufzeichnungen registrierte die UN-Mission (Unama) keinen blutigeren November für Zivilisten im Land als jenen des Jahres 2020, wie aus einem am Dienstag veröffentlichten Jahresbericht hervorgeht. „2020 hätte das Jahr des Friedens in Afghanistan werden können. Stattdessen starben Tausende afghanische Zivilisten durch den Konflikt“, sagte Deborah Lyons, Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Afghanistan.

Insgesamt sei die Zahl ziviler Opfer 2020 im Vorjahresvergleich zurückgegangen. Unama registrierte insgesamt 3035 getötete und 5785 verwundete Zivilisten im Afghanistankonflikt. Dies entspreche einem Rückgang um 15 Prozent im Vergleich zu 2019. Erstmals seit 2013 sei die Zahl der zivilen Opfer wieder unter 10 000 gefallen. Gleichzeitig verzeichnete die UN-Mission erstmals einen Anstieg der Gewalt im vierten Quartal im Vergleich zum dritten. Die Konfliktparteien hatten in den Jahren davor ihre Angriffe in der kalten Jahreszeit reduziert.

Unama beklagt auch gezielte Tötungen von Journalisten und Menschenrechtlern, deren Drahtzieher und Täter oft im Verborgenen bleiben. Für 62 Prozent der zivilen Opfer sind dem Bericht zufolge regierungsfeindliche Gruppen verantwortlich, die afghanische Armee für 22 Prozent. Internationale Streitkräfte hätten nur ein Prozent der Getöteten oder Verwundeten zivilen Verantwortlichen verursacht. Der Rest sei Opfer von Kreuzfeuer und Entmündung geworden. Die extremistischen Taliban, die Unama zufolge 2020 für 45 Prozent der zivilen Opfer verantwortlich waren, bezeichneten den Bericht als „fehlhaft“.

„Wer sich extremistisch verhält, gehört nicht in die Bundeswehr“

Mehr Verdachtsfälle von Rechtsextremismus, aber auch die schlechte Ausstattung der Soldaten beschäftigen die neue Wehrbeauftragte Eva Högl.

VON WERNER KOLHOFF

BERLIN Der erste Jahresbericht der neuen Wehrbeauftragten Eva Högl (SPD) liest sich wie der alte: Schlechte Ausstattung, fehlendes Personal, zu viel Bürokratie. Hinzugekommen ist allerdings der Corona-Einsatz der Soldaten. Und ein handfester Skandal bei der Elitetruppe Kommando Spezialkräfte (KSK).



Eva Högl (SPD), Wehrbeauftragte des Bundestags, hat ihren ersten Jahresbericht zur Lage der Bundeswehr vorgestellt. FOTO: KUMM/DPA

Was bedeutete die Pandemie für die Einsatzbereitschaft der Truppe?

Nach der Elbe-Flut 2002 gab es 2020 zum ersten Mal wieder im eigenen Land einen (zivilen) Großeinsatz: An der Corona-Front. Im Wege der Amtshilfe unterstützte die Bundeswehr die Gesundheitsämter bei der Nachverfolgung von Kontakten, errichtete Impfzentren und half, Altenheime zu schützen. Rund 11 400

Soldatinnen und Soldaten waren damit zeitweise gleichzeitig beschäftigt. Högl schlug vor, für alle Helfer eine neue Einsatzmedaille zu schaffen. Die Soldaten waren von der Pande-

mie aber auch selbst betroffen. So konnten viele Lehrgänge nur online stattfinden, Übungen fielen aus. Anfangs wurde zudem häufig über fehlende Desinfektionsmittel und Masken geklagt. Beim Impfstoff gibt es jetzt Entspannung: Die Bundeswehr bekam ein eigenes Kontingent von 10 000 Dosen, die der Sanitätsdienst verimpfen soll. Bevorzugt an Soldaten im Auslandseinsatz, die bisher eine 14-tägige Quarantäne einhalten mussten.

Wie steht es um den Zustand der Armee?

Nicht besser als im Berichtsjahr 2019, und da war es auch schon nicht besser als 2018 und in den Jahren davor. Högl kritisierte vor allem die ausufernde Bürokratie selbst bei einfachen Beschaffungen. Ihr Bericht enthält einige skurrile Einzelfälle: Ein

Soldat mit Schuhgröße 51,5 musste in Mali wochenlang mit seinen Wintertiefeln herumlaufen, weil Nachschub ausblieb. Die Sanierung maroder Gebäude dauert mitunter Jahre; in Zweibrücken ist eine Truppenküche seit 2016 wegen Schimmelbefalls nicht mehr nutzbar. Was die Hauptwaffensysteme angeht, so schwankt die Einschätzung über die Einsatzbereitschaft zwischen 74 Prozent (Verteidigungsministerium) und 50 Prozent (Bundeswehrverband). „Es ist und bleibt unverständlich, dass es nicht gelingt, Beschaffungen zu beschleunigen“, resümierte Högl. Die Wehrbeauftragte sprach sich auch für die Ausrüstung von Drohnen mit Raketen aus. „Die Bundeswehr wartet dringend auf diese Fähigkeit“, sagte sie und bedauerte die Haltung ihrer Partei, der SPD, die eine Entscheidung vertagen will.

Wieviel Extremismus wurde festgestellt?

Die Wehrbeauftragte kann immer nur die Beschwerden und Eingaben auswerten, die sie erreichen. 2753 waren es im Berichtsjahr. Dazu noch Eindrücke von ihren bisher 32 Truppenbesuchen und die offiziell bekanntgewordenen 710 „meldepflichtigen Ereignisse“. 211 Mal ging es dabei um den Verdacht der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats, einer unzulässigen politischen Betätigung oder Volksverhetzung, 2019 waren es 178 Meldungen gewesen; die Zahl nimmt seit Jahren zu. Angesichts dieser Entwicklung brauche es „Aufklärung, Sanktion und Prävention – und zwar konsequent, lückenlos und zügig“, forderte Högl. Die Wehrbeauftragte verlangte auch eine personelle Aufstockung der Disziplinargerichte und des Militäri-

schen Abschirmdienstes. „Wer sich extremistisch verhält, gehört nicht in die Bundeswehr.“

Was ist mit der KSK-Affäre?

Rechte Sprüche, sexistisches Gehebe, entwendete Munition und ein illegales Waffenlager – bei der Elitetruppe gärt es seit langem. Nach einer internen Untersuchung des Verteidigungsministeriums wurde Mitte 2020 eine Kompanie vollständig aufgelöst und ein Reformprogramm für den Rest eingeleitet. Högl besuchte die Einheit in ihrer kurzen Amtszeit schon vier Mal in Calw. Dams der Kommandeur intern allen Soldaten Straffreiheit zugesichert hatte, die die entwendete Munition wieder abgaben, erfuhr die Wehrbeauftragte dabei nicht. Das stand erst am Wochenende in der Zeitung. Högl forderte umfassende Aufklärung.

Hälfte der Asylsuchenden ohne Papiere in Deutschland

BERLIN (dpa) Gut die Hälfte der erwachsenen Asylsuchenden hat im vergangenen Jahr keine Dokumente vorgelegt, die Herkunft, Namen und Geburtsdatum zweifelsfrei belegen. „Im Jahr 2020 lag der Anteil der Asyl-Erstantragstellenden ab 18 Jahren ohne Identitätspapiere bei 51,8 Prozent“, heißt es in einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine schriftliche Frage der FDP-Innenpolitikerin Linda Teuteberg.

Im Jahr zuvor waren rund 49 Prozent der erwachsenen Antragsteller ohne Papiere beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) vorstellig geworden. Im Jahr 2017 –

dem ersten, für das die Institution eine Statistik zur Vorlage von Identitätspapieren durch Asylsuchende erstellt wurde – hatten knapp 61 Prozent aller Asylsuchenden im Alter ab 18 Jahren keine Dokumente dabei gehabt.

In einer früheren Antwort auf eine parlamentarische Anfrage hatte die Bundesregierung verschiedene mögliche Gründe für das Fehlen von Identitätspapieren genannt: etwa Probleme im Meldewesen des Herkunftslandes, der Verlust von Dokumenten auf der Flucht, das Einkassieren der Papiere durch Schleuser. Ein Teil der Antragsteller entledige sich zudem bewusst seiner Papiere – teilweise auf Anraten von Schleusern, „um vermeintlich hierdurch die Chancen im Asylverfahren zu erhöhen“.

Produktion dieser Seite:
Martin Wittenmeier
Frauke Scholl

MELDUNGEN

Neue Sanktionen gegen Militärs in Myanmar

WASHINGTON (dpa) Nach dem Putsch in Myanmar hat die US-Regierung zwei weitere führende Militärangehörige mit Sanktionen belegt. Die Generäle müssten die Unterdrückung friedlicher Proteste einstellen, die zu Unrecht festgenommene Personen freilassen und zur Demokratie zurückkehren, forderte US-Außenminister Antony Blinken am Montagabend. Die Sanktionen richten sich demnach gegen Generalleutnant Moe Myint Tun und General Maung Maung Kyaw, die Teil des neuen Führungsapparats sind.

UN: Notlage in Syrien verschärft sich

GENÈVE (dpa) Durch die Corona-Pandemie und die verheerenden wirtschaftlichen Folgen hat sich die Not-

lage der Menschen in Syrien nach einer UN-Analyse markant verschärft. 20 Prozent mehr Menschen seien auf Hilfe angewiesen, berichtete das UN-Nothilfebüro (OCHA) am Dienstag. Insgesamt brauchten jetzt 13,4 Millionen Menschen Unterstützung und Schutz, so viele wie zuletzt 2016 und 2017.

USA gedenken ihrer Corona-Toten

WASHINGTON (dpa) US-Präsident Joe Biden hat das Herabsetzen der amerikanischen Flaggen auf halbmast angeordnet, um der rund 500 000 Corona-Toten im Land zu gedenken. Dies gelte für öffentliche Gebäude, Militärstützpunkte und alle diplomatischen Vertretungen der US-Regierung im Ausland, erklärte das Weiße Haus. Die USA überschriften am Montag die Schwelle von einer halben Million Corona-Toten.

Stadträte wollen Halles OB Wiegand Dienst verbieten

HALLE (dpa) Mehrere Stadträte wollen Halles Oberbürgermeister Bernd Wiegand (parteilos) nach dessen vorzeitiger Corona-Impfung die Dienstgeschäfte verbieten. Eine entsprechende Sondersitzung sei für den



Bernd Wiegand (parteilos), Oberbürgermeister von Halle an der Saale. FOTO: HENDRIK SCHMIDT/DPA

15. März einberufen worden, teilte die Stadtratsvorsitzende Katja Müller (Linke) am Dienstag mit. Die Einberufung der Sitzung sei von der Mehrheit der Stadträte unterstützt worden.

Beamten kann nach dem Beamtenstatusgesetz „aus zwingenden dienstlichen Gründen die Führung der Dienstgeschäfte verboten werden“. Ein zwingender Grund könnte beispielsweise Verdunklungsgefahr bei der Aufklärung der Impffähigkeit sein. Dieses Verbot gilt maximal für drei Monate und erlischt, wenn bis dato kein Disziplinarverfahren oder ein sonstiges Verfahren, das auf die Rücknahme der Ernennung oder auf Beendigung des Beamtenverhältnisses gerichtet ist, eingeleitet wurde.

Wiegand hatte vor mehr als zwei Wochen eingeräumt, geimpft worden zu sein, obwohl er nach der Impfreihenfolge der Ständigen Impfkommission noch nicht an der Reihe gewesen wäre. Außerdem seien mehrere Stadträte und Mitglieder des Katastrophenstabs geimpft worden.